



Niederschrift

über den öffentlichen Teil der 9. Sitzung des Ausschusses für
Soziales, Bildung, Kultur und Sport der Stadt Eberswalde
am 06.12.2017, 18:15 Uhr,
im Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio, Saal,
Puschkinstraße 13, 16225 Eberswalde

TAGESORDNUNG

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
3. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 8. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Bildung, Kultur und Sport der Stadt Eberswalde vom 08.11.2017
4. Feststellung der Tagesordnung
5. Informationen des Vorsitzenden
6. Einwohnerfragestunde
7. Informationen aus der Stadtverwaltung
 - 7.1. Sportbericht 2017
 - 7.2. Sonstige Informationen
8. Informationsvorlagen
9. Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen, Stadtverordneten und sach-

kundigen Einwohnern sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vorsitzenden der Beiräte gemäß Hauptsatzung, dem/der Vorsitzenden des KJP und den Beauftragten gemäß Hauptsatzung

10. Vorstellung Konzeption Stino
11. Bilanz, Information und Diskussion zu konzeptionellen Vorstellungen und Überlegungen bzgl. der Weiterführung des Antigewaltprojektes "Boxenstopp"
12. Ausschussbezogene Information und Diskussion zu strategischen Überlegungen zum Stellenplan der Stadt Eberswalde, den aktuellen Erfordernissen und Gegebenheiten
13. Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)

13.1. **Vorlage:** BV/0590/2017 **Einreicher/zuständige Dienststelle:**
20 - Kämmerei

1. Nachtragshaushaltssatzung 2017/2018

13.2. **Vorlage:** BV/0567/2017 **Einreicher/zuständige Dienststelle:**
Fraktion DIE LINKE

Übernahme des Finowkanals in kommunale Hand

13.3. **Vorlage:** BV/0600/2017 **Einreicher/zuständige Dienststelle:**
Bürgermeister

Absichtserklärung zur möglichen Übernahme der Schleusen am Finowkanal

13.4. **Vorlage:** BV/0554/2017 **Einreicher/zuständige Dienststelle:**
41 - Kulturamt

Neuer Standort für das Museumsdepot

13.5. **Vorlage:** BV/0576/2017 **Einreicher/zuständige Dienststelle:**
41 - Kulturamt

Kulturförderung Hebewerk e. V. und Solis e. V.

13.6. **Vorlage:** BV/0595/2017 **Einreicher/zuständige Dienststelle:**
41 - Kulturamt

"Ideenwerkstatt zum Straßenkulturfest FinE"

13.7. **Vorlage:** BV/0597/2017 **Einreicher/zuständige Dienststelle:**
Bürgerfraktion Eberswalde

Bolz- und Spielplatz im Stadtteil Ostende

13.8. **Vorlage:** BV/0601/2017 **Einreicher/zuständige Dienststelle:**

Weiterführung des Projekts Boxenstopp

TOP 1

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Herr Landmann begrüßt die Anwesenden und eröffnet die 9. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Bildung, Kultur und Sport um 18:15 Uhr.

TOP 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Herr Landmann stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde und der ASBKS mit 10 Stadtverordneten beschlussfähig ist (**Anwesenheitsliste Anlage 1**).

TOP 3

Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 8. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Bildung, Kultur und Sport der Stadt Eberswalde vom 08.11.2017

Herr Zinn:

- hat zwei Korrekturen zur Niederschrift:

- Seite 10 muss die Schreibweise des Geschäftsführers der GLG korrigiert werden:
korrekt ist „Herr Dr. Mocek“
- Seite 11, TOP 11 ist es nicht der Seniorenbeirat, der sich auflöst, sondern der Seniorenverband in Eberswalde

Herr Landmann:

- nimmt die Änderungen zur Kenntnis und sagt, dass die Niederschrift mit diesen Korrekturen bestätigt wird

TOP 4

Feststellung der Tagesordnung

Herr Landmann:

- informiert, dass verschiedene Änderungsanträge zum Nachtragshaushalt vorliegen

- Änderungsantrag der Fraktionen Die SPD, Alternatives Wählerbündnis und Bürgerfraktion Eberswalde zur zusätzlichen Personalstelle im Ordnungsamt
- Änderungsantrag DIE LINKE zur Gewaltprävention an der GS Schwärzensee
- Änderungsantrag Bürgerfraktion Ebw. zum Wiederaufbau der Kathedrale in Gorzow

- Änderungsantrag Bürgerfraktion Ebw. für Gutachten über die Verwaltungsorganisation
- Änderungsantrag Bürgerfraktion Ebw. für Bolz- und Spielplatz mit Jugendtreff Ostend
- Änderungsantrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Standort Museumsdepot

Frau Dr. Pischel:

- regt an, dass bereits in der Tagesordnung stehen müsste, wer zu welchem Tagesordnungspunkt spricht und möchte wissen, wer zum TOP 11 sprechen wird

Herr Landmann:

- informiert, dass dieser TOP von der Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde beantragt wurde und Herr Zinn dazu sprechen wird; auch die Verwaltung wird dazu informieren

Herr Zinn:

- stimmt Frau Dr. Pischel zu, dass aus den Tagesordnungspunkten 11 und 12 nicht hervorgeht, dass die Fraktion Alternatives Wählerbündnis der Einreicher ist
- erwartet zukünftig, dass Themen, die aus den Fraktionen kommen, ordnungsgemäß in der Tagesordnung ausgewiesen werden und der Einreicher daraus ersichtlich ist

Frau Kersten:

- sagt, dass ihre Fraktion (DIE LINKE) den TOP 13.2 „Übernahme des Finowkanals in kommunale Hand“ zurückzieht, da dieser ja unter dem TOP 13.3 „Absichtserklärung zur möglichen Übernahme der Schleusen am Finowkanal“ behandelt wird

Herr Landmann:

- stellt die Tagesordnung mit der von Frau Kersten genannten Änderung zur Abstimmung
Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

TOP 5

Informationen des Vorsitzenden

Herr Landmann:

- sagt, dass der Arbeitsplan heute für alle Ausschussmitglieder auf den Tischen liegt und versucht wurde, die Anregungen aus den Fraktionen mit aufzunehmen
- informiert über eine Anfrage des sachkundigen Einwohners, Herrn Otto, der eine bessere Auslastung des BAFF und des Sportzentrums Westend anregt; dies ist aber Sache des Aufsichtsrates der TWE
- sagt weiter, dass Prof. Creutziger sich laufende Informationen zur Kitaauslastung und zum Kitabedarf wünscht sowie zum Maßnahmenpapier zur Teilhabe von Flüchtlingen
- weiterhin wird die Schulsozialarbeit ein Dauerthema sein und über die Entwicklung des Familiengartens wird immer wieder berichtet und diskutiert
- bittet die Ausschussmitglieder, den Arbeitsplan zur Kenntnis zu nehmen und eventuelle

Ergänzungen oder Änderungen anzusprechen oder mitzuteilen

TOP 6

Einwohnerfragestunde

Es werden keine Anfragen gestellt.

TOP 7

Informationen aus der Stadtverwaltung

Herr Prof. Dr. König:

- informiert über das Urteil zur Kitasatzung in Rathenow; die Vorabprüfung durch das Rechtsamt hat ergeben, dass diese Art von Verfahren in Eberswalde nicht möglich ist; es gibt in der Präambel einen Verweis auf das Kommunalabgabengesetz, welcher die Wirksamkeit der Kitasatzung jedoch nicht verändert

TOP 7.1

Sportbericht 2017

Herr Kuhnke:

- informiert an Hand einer PPP über das Sportgeschehen in der Stadt im Jahr 2017 (**Anlage 2**)

TOP 7.2

Sonstige Informationen

Herr Prof. Dr. König:

- informiert, dass ab Januar der Stino ausschließlich ein Jugendclub sein wird
- geht auf die Anfrage von Prof. Creutziger zum Stand des Cafés im BBZ ein und sagt dazu:
 - o auch nach der 2. Ausschreibung wurden keine Angebote vorgelegt
 - o es wird mit dem Fördermittelgeber Kontakt aufgenommen, um herauszufinden, welche Alternativen zur Förderung des Cafés noch bestehen
 - o schlägt vor, wenn Interessenten vorhanden sind, wird eine Arbeitsgruppe gebildet, die sich mit den Inhalten des Angebotes beschäftigt
 - o zu gegebener Zeit wird im ASBKS über den aktuellen Stand berichtet
- informiert zum Quartiersmanagement, dass die Bewerbungsgespräche geführt wurden und in der nächsten Woche eine Entscheidung getroffen wird
- sagt, dass an dieser Stelle Frau Kammer zu den Plakaten zum Thema „Buntes Eberswalde“ informieren sollte, aber aus Krankheitsgründen heute nicht anwesend sein kann;
- gibt bekannt, dass es wahrscheinlich Plakate/Banner im Querformat sein werden, die

keine Hintergrundfotos enthalten und den Spruch tragen „Vielfalt – natürlich in Eberswalde“

Frau Ladewig:

Bereich Bildung:

- informiert, dass sich die Kinder des Hortes Eisenbahnstraße 100 in einem Beteiligungsprozess am 16.11.2017 den Namen Hort „Die coolen Füchse“ gegeben haben
- von der Stiftung SPI liegt ein Antrag zur 0,5er Stelle für Streetwork mit interkultureller Kompetenz vor; hierfür werden für die HH-Jahre 2017/18 insgesamt 50 T€ zur Verfügung gestellt; dazu wurde ein Leistungsvertrag zwischen der Stiftung SPI und der Stadt Eberswalde abgeschlossen, welcher die Besetzung einer 0,5 Stelle in der mobilen Jugendarbeit mit interkultureller Kompetenz für 2017/18 vorsieht; nach intensiver Suche konnte der Träger zum 01.11.17 eine Person in Ausbildung einstellen; die SPI schlägt eine Tandem-Lösung vor, die sowohl fehlende inhaltliche als auch sprachliche Kompetenz kompensieren wird
 - dies ist erforderlich, um einen verbesserten Zugang zu vorhandenen Jugendgruppen mit Migrationshintergrund sicherzustellen bzw. aufrechtzuerhalten; hierzu kommt einer Vermittlungsperson eine besondere Bedeutung zu
 - daher strebt die Stiftung SPI die Einstellung von 2 Personen (männl. u. weibl.) mit geringfügiger Beschäftigung an; Frau Ladewig bittet um Einverständnis bzw. Meldung, ob der Ausschuss diese Verfahrensweise unterstützt
 - die Vermittlungspersonen arbeiten dabei stets direkt mit einem/r Sozialarbeiter/in zusammen
 - es erfolgen zur vorgeschlagenen Verfahrensweise keine gegenteiligen Wortmeldungen, die Verwaltung verfährt entsprechend
- sagt, dass es 2018 eine Ausschreibung zum Kitaportal geben wird; dabei ist ein enger Austausch mit dem Landkreis erforderlich, damit auch unsere eigenen Leistungen, die wir wünschen, mit aufgenommen werden können; da ein Probelauf erforderlich sein wird, kann man davon ausgehen, dass der Start zum Kitajahr 2019 erfolgen wird
- durch die Auswirkungen des Sturmtiefes Xavier am 05.10.2017 können die beiden Waldgruppen aus Sicherheitsgründen vorerst nicht in den Stadtwald gehen; nach den Feiertagen wird das Gelände um die Schutzhütte auf dem Lutherplatz (unterhalb des Schützenplatzes) durch Bauhof und Tiefbauamt zur künftigen Nutzung hergerichtet
- am 01.12.2017 wurde eine Bildungspartnerschaft zwischen der Kita Zaubernuss und dem REWE-Fachmarkt abgeschlossen, deren Ziel eine gesunde Ernährung ist

Bereich Sport:

- am 30.11.2017 fand die erste Sportlerehrung der Stadt Eberswalde statt, bei der die Würdigung herausragender sportlicher Leistungen vorgenommen wurde

Bereich Jugend:

- geplant ist die Fertigstellung der Jugendhütte am „Club am Wald“ im Dezember

Bereich Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio:

- am 28.11.2017 fand im BBZ die Verleihung des Amadeu-Antonio-Preises statt
- die Stadt hat die Veranstaltungsreihe „Kopfkino“ vergeben, so dass die erfolgreiche Reihe im nächsten Jahr fortgesetzt werden kann; am 20.12.2017 wird der Film „Vergiss mein nicht“ zu sehen sein; Interessierte sind herzlich eingeladen

Herr Dr. Neubacher informiert zum Stand des Projektes „Tatort Lücke“:

- eine Förderung durch die Kulturstiftung ist bewilligt
- das Kulturamt kooperiert mit dem Kanaltheater für das Projekt, welches ein Jahr lang die Geschichte von städtebaulichen Lücken erforschen wird, wie z. B. das ehemalige Kulturhaus (im Volksmund „Las Vegas“ genannt) oder die Friedrich-Ebert-Straße Süd, die ehemaligen Kasernen und noch viele andere
- am 26. Januar 2018 wird es eine Eröffnungspemence auf dem Marktplatz geben
- es werden insgesamt 6 Aufführungen bis 2019 stattfinden
- die Recherchen beginnen im Lückenlabor, welches im Museum untergebracht ist
- die Aufführungen werden klassisch, theatralisch vom Kanaltheater inszeniert
- am 08.01.2018 wird es eine Pressekonferenz dazu geben

Herr Landmann:

- bittet darum, die Stadtverordneten zum Thema „Tatort Lücke“ auf dem Laufenden zu halten, da das Projekt von öffentlichem Interesse ist

Herr Dr. Neubacher:

- sichert dies zu und meint, dass er sich gut vorstellen kann, dass auch einige Stadtverordnete aktiv daran teilnehmen würden

Herr Landmann:

- zeigt sich etwas verwundert, dass bei Terminen wie „Tatort Lücke“ und das Online-Kita-Portal (damit auch die Klärung der Doppelanmeldungen) erst von 2019 gesprochen wird

Herr Prof. Dr. König:

- erläutert, dass die Stadt ein online-basiertes Kitaportal nur in Zusammenarbeit mit dem Landkreis fertigstellen kann; um Doppelanmeldungen bei den Kitaanträgen zu vermeiden, wird 2 x im Jahr ein Abgleich auch mit den freien Trägern erfolgen

Frau Kersten:

- merkt an, dass das Online-Portal im Mai dieses Jahres in Betrieb gehen sollte
- fragt, wieviel Kinder z. Z. nicht mit einem Kitaplatz versorgt sind

Frau Ladewig:

- antwortet darauf, dass mit Stand 01. November 222 Kinder keinen Kitaplatz haben

Frau Kersten:

- meint, dass es im „Haus der kleinen Forscher“ freie Plätze geben soll und fragt, warum die nicht besetzt werden

Frau Ladewig:

- erläutert, dass es sich um Plätze handelt, die freigehalten werden, weil z. B. die Mütter Arbeit bekommen bzw. ihre Arbeit wieder aufnehmen und dann erst die Kinder in die Einrichtung geben können

Frau Daht:

- bemerkt dazu, dass es sich nur um 1 – 2 Monate handelt, weil z. B. das Geschwisterkind in diese Einrichtung kommt

Frau Schostan:

- fragt, was mit den Kindern der Eltern-Kind-Gruppe im STINO geworden ist, wenn dort jetzt nur noch der Jugendclub untergebracht ist

Herr Prof. Dr. König:

- sagt, dass die Kinder regulär in die Kita gekommen sind

Frau Dr. Pischel:

- zeigt ihr Unverständnis, dass Kitaplätze 2 – 3 Monate freigehalten werden und fragt, ob man den freien Platz nicht zwischenzeitlich anderen Eltern zur Verfügung stellen kann

Herr Landmann:

- schlägt vor, diese Frage von der Verwaltung schriftlich beantworten zu lassen

Herr Schmiedel:

- merkt an, dass es aus pädagogischer Sicht nicht sinnvoll ist, Kinder für 2 – 3 Monate in der Kita unterzubringen, da sie in der Zeit freundschaftliche Beziehungen aufbauen und dann wieder gehen müssten; findet dies als praktikabelste Lösung, den Platz lieber freizuhalten

TOP 8

Informationsvorlagen

Es liegen keine Informationsvorlagen vor.

TOP 9

Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen, Stadtverordneten und sachkundigen Einwohnern sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vorsitzenden der Beiräte gemäß Hauptsatzung, dem/der Vorsitzenden des KJP und den Beauftragten gemäß Hauptsatzung

Herr Zinn:

- macht darauf aufmerksam, dass es eine Presseinformation zu Rathausterminen gibt, in der bekanntgegeben wurde, dass am 09.12.2017 ein Seniorenstammtisch mit dem Bürgermeister stattfindet; stellt richtig, dass es sich um ein nicht öffentliches Treffen des Kreisseniorenbeirates mit dem Landrat handelt und nicht um ein städtisches Treffen
- richtet die Frage an den Dezernenten, ob es einen aktuellen Stand zum Bistro-Betreiber im Heidewald gibt, da seine Fraktion einem 3-Jahresvertrag zustimmen wird
- sagt zum Neujahrsempfang am 13. Januar 2018, dass dieser in der Goethe-Schule stattfinden wird, die jedoch nicht behindertengerecht ausgerüstet ist; meint, dass der Neujahrsempfang anlässlich des 40-jährigen Bestehens des Brandenburgischen Viertels auch in diesem Wohngebiet hätte stattfinden können
- spricht deutlich aus, dass der Arbeitsplan des ASBKS einer Überarbeitung bedarf, z. B. Barrierefreiheit, Integration, Seniorenpolitische Leitlinien

Herr Landmann:

- trägt die Bitte an Herrn Zinn, Änderungen oder Ergänzungen zum Arbeitsplan ganz spezifisch aufzulisten und der Verwaltung zukommen zu lassen

Herr Prof. Dr. König:

- sichert zu, dass die Änderung „Kreisseniorenbeirat“ an die Pressestelle gegeben wird
- sagt, dass der Vertrag mit dem Bistro-Betreiber im Heidewald angepasst wurde und ihm übergeben wird

Herr Dr. Neubacher:

- informiert zum Neujahrsempfang in der Goethe-Schule, dass die Veranstaltungen, wie das Bühnenprogramm, die Verpflegung und die Angebote für Kinder überwiegend draußen stattfinden; weist darauf hin, dass die Räumlichkeiten innen nicht barrierefrei sind

Herr Neumann:

- stimmt Herrn Zinn zu, dass es an der Zeit wäre, so eine Veranstaltung wie den Neujahrsempfang in diesem Wohngebiet durchzuführen, um auch den Bewohnern des Brandenburgischen Viertels die notwendige Anerkennung zu gewähren

Herr Roedel:

- stellt noch einmal richtig, dass sich nicht der Seniorenbeirat auflöst

Frau Kersten:

- bittet um eine Aufstellung aus dem Haushalt mit Plan-Ist-Vergleich der Finanzierung, welche Investitionen bis zum 31.12.2017 fertiggestellt wurden oder noch fertiggestellt werden, welche Projekte noch nicht realisiert wurden und weshalb

Herr Landmann:

- nimmt die Bitte von Frau Kersten zu Protokoll

TOP 10

Vorstellung Konzeption Stino

Herr Prof. Dr. König:

- sagt an, dass die Herren Madel und Staeck heute als Gäste über die Arbeit im STINO informieren und Übersichten zu den wöchentlichen Angeboten im STINO und im Club am Wald auf den Tischen liegen

Herr Staeck, Internationaler Bund Berlin-Brandenburg gGmbH, berichtet an Hand einer Präsentation über die Arbeit des STINO (**Anlage 3**).

Herr Landmann:

- bedankt sich für die Ausführungen und hofft, dass die Anregungen mit Leben erfüllt werden und der Jugendclub STINO ein guter Treffpunkt für die Jugendlichen wird
- wünscht viel Erfolg bei der Arbeit mit den Jugendlichen

Herr Zinn:

- ergänzt, dass im Jahre 2018 unbedingt die Außenanlage fertiggestellt werden muss

Frau Dr. Pischel stellt folgende Fragen an Herrn Staeck:

- wieviel Teilnehmer erreicht werden
- wie ist die Frequentierung täglich
- wie ist die Zusammensetzung der Teilnehmer (Altersgruppe 12 – 21) auch in Bezug auf Geflüchtete
- möchte genaue Dokumentationen zu den Konzepten
- gibt es ein Träger-Leitbild
- welche Zielstellungen wollen sie erreichen, wenn sie mit den Jugendlichen arbeiten
- gibt es Dokumentationen von Zielen oder wird nur im Hintergrund beobachtet

Herr Staeck:

- antwortet darauf, dass selbstverständlich fachlich korrekt dokumentiert wird und die Anonymität bei der Dokumentation bewahrt wird
- erklärt, dass es natürlich ein Leitbild gibt, da der Internationale Bund in vielen deutschen Städten seit Jahrzehnten tätig ist
- sagt zur Frage der Zusammensetzung des Publikums, dass dieses bunt gemischt ist, alle Altersgruppen, Geschlechter und Nationen
- die Angst der Übernahme durch eine Gruppierung ist derzeit nicht berechtigt

- aktuell ist man dabei, eine Basis zu schaffen, Vertrauen sowohl zu den Migranten als auch zu den deutschen Jugendlichen aufzubauen; dies muss sich erst entwickeln
- ein Herausstellungsmerkmal soll sein, dass der Jugendclub STINO für „stinknormale“ Jugendliche gemacht ist

Herr Landmann:

- schlägt vor, wenn noch weitere Fragen sind, diese auf bilateralem Weg zu klären

Herr Schmiedel:

- vergleicht den Jugendclub STINO mit anderen Jugendclubs der Städte Eberswalde und Bernau und hebt besonders die Samstags-Öffnungszeit des STINO positiv hervor
- findet, dass der Jugendclub ein sehr gutes Angebot für die Jugendlichen hat

TOP 11

Bilanz, Information und Diskussion zu konzeptionellen Vorstellungen und Überlegungen bzgl. der Weiterführung des Antigewaltprojektes "Boxenstopp"

Herr Zinn:

- übergibt das Wort an Herrn Prof. Dr. König

Herr Prof. Dr. König:

- informiert, dass Herr Wolff in der StVV darum gebeten hat, auch die Schule einzuladen; jedoch kann die Schulleiterin, Frau Billing heute nicht teilnehmen; sie hat sich aber mit der Problematik Boxenstopp auseinandergesetzt
- „Boxenstopp“ ist ein Antigewaltprojekt, welches seit 10 Jahren an der Schule etabliert ist, jedoch für 2018 keine Finanzierung mehr vorgesehen ist
- die Verwaltung und Herr Schanzenbecher haben gemeinsam überlegt, wie Gelder aquiriert werden können; da keine andere Finanzierung möglich wurde, kam der Entschluss, dass Herr Bestritzki und Frau Lorenz (Sozialarbeiterin an der Schule) gemeinsam einige Punkte aus dem Projekt Boxenstopp in die allgemeine tägliche Arbeit mit aufnehmen; dies ist auch mit Frau Billing und dem Lehrkörper abgestimmt worden; Frau Billing machte deutlich, dass das Projekt Boxenstopp außerordentlich erfolgreich war; einige Lehrer haben diesbezüglich auch Weiterbildungen in sozialpädagogischer Arbeit gemacht; im Augenblick bedarf es aber weniger eines Antigewaltprojektes, sondern eher sozialpädagogischer Arbeit

Herr Landmann:

- sagt, dass dies neue Informationen sind, aber die Schule schon immer in dieses Projekt eingebunden war

Frau Kersten:

- hält das Projekt oder auch ein Anti-Gewalt-Training im Brandenburgischen Viertel durchaus für sehr wichtig; aber es sollte auch für andere Jugendliche in der Stadt offen sein

Herr Zinn:

- meint, dass der Änderungsantrag zur Gewaltprävention genau die Intension von Frau Kersten bzw. der Fraktion DIE LINKE abdeckt; einige Projekte könnten bestimmt auch mit anderen Schulen gemeinsam gemacht werden; der Anteil von 35 % Geflüchteten an der Grundschule Schwärzensee macht besonders deutlich, wie wichtig das Projekt gerade an dieser Schule ist;
- geht davon aus, dass seine Fraktion sowie die Fraktion DIE LINKE mit der Unterstützung des Landesschulamtes und der Dezernenten gemeinsam dieses Projekt angehen sollte

Herr Neumann:

- sagt, dass so ein Projekt gegen Gewalt nicht nur in Schulen, sondern auch außerhalb der Schulen präventiv durchgeführt werden sollte

Herr Zinn:

- macht deutlich, dass die Stadt Eberswalde nicht alles aus eigenen Haushaltsmitteln abdecken kann, es bedarf auch der Unterstützung durch den Landkreis

Herr Schmiedel:

- merkt an, dass man am Standort Schule bleiben sollte
- gibt Herrn Zinn Recht, dass die Frage der Finanzierung als freiwillige Aufgabe der Stadt zwar sehr wichtig ist, aber der Landkreis eher bereit sein wird, zu unterstützen, wenn es nur um den Standort Schule geht

Herr Landmann:

- fasst zusammen, dass bereits Signale aus dem Ausschuss an den Landkreis gesendet wurden und der Landkreis in dieser Sache stärker gefordert werden muss

Herr Ortel:

- sagt deutlich, dass das Brandenburgische Viertel zur Stadt gehört und die Verantwortung ganz klar bei der Stadt liegt

Herr Morgenroth:

- meint, dass im Kreishaushalt Mittel für die Schulsozialarbeit eingestellt werden

TOP 12

Ausschussbezogene Information und Diskussion zu strategischen Überlegungen zum Stellenplan der Stadt Eberswalde, den aktuellen Erfordernissen und Gegebenheiten

Herr Zinn:

- erläutert die Beweggründe zu den Überlegungen zum Stellenplan der Stadt Eberswalde
- möchte Informationen zur Stellvertreterregelung in den Kitaeinrichtungen haben

Herr Prof. Dr. König gibt folgende Informationen zum Stellenplan:

- im Bereich Soziales und Bildung, speziell der Kitabereich, ist an einen vom Land vorgegebenen Schlüssel gebunden, der im Jahr 2018 1 : 11 beträgt (bisher 1 : 12)
- eine weitere Stelle ist im Haushalt für die Kiez Kita vorgesehen
- im Dezernat II wird es eine Stelle geben, die heißt „Referent/in soziale Teilhabe und Integration“; bisher hat Frau Bunge all diese Aufgaben wahrgenommen, wie Integration der Geflüchteten, Begleitung Ehrenamtsaufgaben, soziale Förderung der Wohlfahrtsverbände, Beratung von Bürgern und Gleichstellungs- und Behindertenbeauftragte; erklärt, dass gemäß Landesgleichstellungsgesetz in einer Verwaltung wie Eberswalde 60 % der Arbeitszeit alleine nur die Gleichstellungsbeauftragte beinhaltet; da die Anforderungen immer höher werden, ist eine Trennung vorgenommen worden; das heißt, es gibt eine Stelle Gleichstellungs- und Behindertenbeauftragte, die dem Bürgermeister unterstellt ist und es soll eine Stelle geben, Referent/in soziale Teilhabe/Integration, die die Aufgaben Quartiersmanagement, Ehrenamt, Integration Flüchtlinge, soziale Beratung, Förderung Ehrenamt, Begleitung Bürgerstiftung etc. übernimmt
- bittet um Zustimmung zu diesem Tagesordnungspunkt
- findet auch die Stelle im Dezernat III, Hochbau für die Kitasanierung sehr wichtig, um die Aufgaben zügig zu bearbeiten und den Anforderungen der Eltern und Erzieher gerecht zu werden

Frau Ladewig:

- sagt zur Stellvertreterregelung im Kitabereich, dass z. Z. eine Untersuchung durch das FA Organisation läuft, welches dem Dezernat III von Frau Stibane unterstellt ist; diese konnte aber bisher nicht abgeschlossen werden, weil die Kollegin längere Zeit krank war

Frau Schostan:

- zeigt sich verständnislos, dass die Stellvertreterregelung erst untersucht werden muss und meint, dass dies einfach nur geregelt werden müsste

Herr Landmann:

- schlägt vor, die Stellvertreterregelung im Februar noch einmal zu behandeln
- bittet darum, die Ausführungen von Herrn Prof. Dr. König ausführlich im Protokoll wiederzugeben und im nächsten Ausschuss eine genaue Stellenbeschreibung vorzulegen, damit die Ausschussmitglieder wissen, wie die beiden neuen Stellen in den jeweiligen Ausschuss eingebunden werden müssen

Herr Zinn:

- sagt, dass ab Februar Probleme auf die Gleichstellungs- und Behindertenbeauftragte zukommen werden und da sie dem Bürgermeister direkt unterstellt ist, ist das Thema der Gleichstellungs- und Behindertenangelegenheiten aus dem ASBKS raus

Frau Schostan:

- meint, dass nicht unbedingt eine Stelle als Hochbauingenieur für die Sanierung der Kitas erforderlich ist
- fragt weiter, warum der Familiengarten nicht dem Dezernat von Prof. Dr. König unterstellt wird, da es dort ja auch um ein Stück Kultur geht

Herr Schmiedel:

- nimmt Bezug auf die Stellenteilung im Bereich der Gleichstellungs-/Behindertenbeauftragten und Teilhabe/Integration und möchte wissen, wie die Verwaltung in der Zwischenzeit die Aufgaben regeln wird, bis die Stelle besetzt ist

Herr Zinn:

- sagt, dass er schon immer die Meinung vertreten hat, dass es ungünstig ist, 3 Sitzungstage in einer Woche hintereinander durchzuführen
- seine Fraktion unterstützt die Stelle im Hochbauamt, da im nächsten Jahr auch noch die Rathaussanierung zusätzlich ansteht
- kann sich vorstellen, Freizeit, Tourismus und Kultur in einem Amt zusammen zu fassen

Frau Kersten:

- sagt, dass alle Ausschussmitglieder dem Konzept des Familiengartens zugestimmt haben, jedoch keine Stelle als Leiter des Familiengartens zu finden ist; dies sei aber für die Konzeptfortschreibung schon sehr wichtig, dass ein Leiter diesen Vorgang begleitet
- meint, dass die Besetzung dieser Stelle heute schon aufgenommen werden sollte, da eine Besetzung der Stelle erst Ende 2019 zu spät wäre

Herr Landmann:

- sagt, dass dazu kein Antrag vorliegt und meint, dass der Vorschlag von Frau Kersten in der Verwaltung noch einmal in Ruhe diskutiert werden muss

Frau Schostan:

- möchte wissen, wenn dem zugestimmt wird, dass das Ordnungsamt eine Stelle mehr bekommt, ob der Familiengarten dann beim Ordnungsamt bleibt

Herr Prof. Dr. König:

- informiert zu den beiden getrennten Stellen (ehemals Frau Bunge), dass die Förderungen der Wohlfahrtsverbände abgesichert sind und er selbst bis zur Besetzung der Stelle einige Aufgaben mit erledigen wird
- fasst den Stellenplan wie folgt zusammen:
 - o Stelle Hochbauingenieur – hier geht es um die komplette Baubegleitung bei den Kitanisierungen
 - o die Verwaltung hat den Vorschlag unterbreitet, die Aufgaben Freizeit und Tourismus zusammenzulegen und den Familiengarten zuzuordnen; Umsetzungsplan, inklusive der Diskussion zur Thematik des Managers sollte im März kommen;

bis zur gemeinsamen Verständigung von Politik und Verwaltung über mögliche Strukturen, bleibt der Familiengarten im Zuständigkeitsbereich des Ordnungsamtes

Herr Ortel:

- regt an, über die Verhältnismäßigkeit zwischen 4 Stellen im Amt für Wirtschaftsförderung und 61 Stellen im Ordnungsamt nachzudenken

Herr Landmann:

- ergänzt, dass zu den 61 Stellen im Ordnungsamt die Feuerwehr dazu gehört

TOP 13

Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)

TOP 13.1

1. Nachtragshaushaltssatzung 2017/2018

BV/0590/2017

Herr Landmann ruft den Änderungsantrag der DIE SPD-Fraktion zur „**Schaffung einer zusätzlichen Stelle im Amt 32 – Ordnungsamt**“ auf.

Herr Zinn:

- spricht sich im Namen seiner Fraktion und mit Blick auf die Erstellung einer Sicherheitskonzeption für die Schaffung der Stelle im Ordnungsamt aus
- erinnert daran, dass auch die 3 Ortsteile mit einbezogen werden müssen

Herr Landmann:

- sagt, dass die Erarbeitung einer Sicherheitskonzeption Sache der Verwaltung ist und auch Bestandteil dieser Stelle sein kann

Herr Buschbeck:

- schlägt vor, erst die Sicherheitskonzeption zu erarbeiten und dann neu zu besetzen

Frau Kersten:

- hält die Schaffung dieser Stelle für erforderlich

Herr Landmann:

- *lässt zum Änderungsantrag der SPD abstimmen*

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

Herr Landmann führt in den Änderungsantrag der Bürgerfraktion Eberswalde zur „**Ein-**

stellung von Haushaltsmitteln für den Wiederaufbau der Kathedrale in Gorzow“ ein.

- informiert, dass die Vorlage im AWF mit der Begründung abgelehnt wurde, dass die Stadt ein Spendenkonto dafür einrichten könnte; im ABPU ist die Vorlage mit der Änderung des Betrages in Höhe von 2.000 € mehrheitlich befürwortet worden
- plädiert im Namen seiner Fraktion und auch in Abstimmung mit dem Bürgermeister für die Einrichtung eines Spendenkontos, um die Bürgerschaft zu beteiligen und ohne den Haushalt zu belasten

Herr Morgenroth:

- sagt, dass die FDP-Fraktion und die Fraktion Alternatives Wählerbündnis Miteinreicher sind und der Betrag auf 5.000 € festgesetzt wurde

Herr Zinn:

- spricht dagegen, weil seine Fraktion die Summe für zu gering hält; fungiert somit nicht als Miteinreicher
- sagt, dass seine Fraktion für 15.000 € stimmt, da die polnischen Bürger eine entscheidende Haupteinnahmequelle für unseren Zoo darstellen
- will auch im morgigen Hauptausschuss den Vorschlag mit 15.000 € unterbreiten

Herr Neumann:

- meint, die Stadt sollte sich solidarisch gegenüber der Städtepartnerschaft zeigen und einen angemessenen Beitrag zahlen; das Spendenkonto könnte trotzdem noch eingerichtet werden

Frau Schostan:

- erinnert an den Beschluss des 2-Jahres-Haushaltes und meint, dass die Stadt den eigenen Haushalt im Auge behalten sollte

Herr Buschbeck:

- ist für ein Spendenkonto, spricht sich aber gegen den Änderungsantrag aus, da hier Steuergelder fließen würden

Herr Prof. Creutziger:

- findet 10.000 € nicht zu viel für die Städtepartnerschaft, ist aber auch für die Spendenaktion

Herr Ortel:

- möchte gerne die Stellungnahme der Verwaltung dazu

Herr Prof. Dr. König:

- meint, dass die Verwaltung die Spendenaktion ins Leben rufen wird

Frau Kersten:

- sagt, dass ihre Fraktion mehrheitlich für die Spendenaktion votiert hat, damit nicht Steuermittel dafür genommen werden müssen

Herr Landmann:

- stellt fest, dass es jetzt mindestens 4 verschiedene Vorschläge sind und fasst zusammen: die Bürgerfraktion wahrscheinlich in Abstimmung mit der FDP hat über 5.000 € gesprochen (zuvor waren es 2.000 €)
- das Alternative Wählerbündnis redet von 15.000 € und die Fraktion Die Grünen von 10.000 €
- sagt, dass entschieden werden muss, ob die Verwaltung ein Spendenkonto einrichten soll
- erklärt, dass gemäß Geschäftsordnung über den Änderungsantrag abgestimmt werden muss, der die größten finanziellen Auswirkungen hat

Frau Dr. Pischel:

- spricht sich für die Einrichtung eines Spendenkontos aus
- gibt zu bedenken, dass es ein Unterschied ist, ob kommunales Geld für eine kirchliche Einrichtung ausgegeben wird oder für städtische Aufgaben

Herr Landmann:

- lässt zum Antrag des Alternativen Wählerbündnisses über 15.000 € abstimmen

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

- lässt zum Antrag der Bürgerfraktion und der FDP über 5.000 € abstimmen

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

- bittet, dass die Verwaltung beauftragt wird, ein Spendenkonto einzurichten und die Bevölkerung aufzurufen, für den Wiederaufbau der Kathedrale in Gorzow zu spenden
- **gibt bekannt, dass damit der Änderungsantrag abgelehnt ist**
- ruft den Änderungsantrag der Bürgerfraktion Eberswalde „**Erstellen eines Gutachtens zur Verwaltungsorganisation**“ auf.

Herr Morgenroth:

- erläutert im Namen seiner Fraktion als Antragsteller die Vorlage

Herr Zinn:

- spricht entschieden gegen ein Gutachten zur Verwaltungsorganisation

Frau Schostan:

- sagt, dass es zu früh für ein Gutachten ist, da die Verwaltungsdezernentin und der Sozialdezernent noch nicht so lange im Amt sind und ihnen erst einmal die Chance gegeben werden sollte, sich zu strukturieren und in die neuen Aufgaben einzuarbeiten

Frau Kersten:

- erklärt, dass die Bürgerfraktion die 50.000 € mit einem Sperrvermerk angeboten hat und mit dem Gutachten die Möglichkeit gegeben ist, Teile der Verwaltung zu beleuchten; ihre Fraktion stimmt auf jeden Fall zu
- betont, dass die Verwaltung natürlich in der Lage ist, selbst gewissenhaft zu arbeiten und zu entscheiden, aber manchmal ist es auch besser, wenn von außen noch einmal jemand darüber schaut; meint z. B., dass man vielleicht bei Frau Bunge schon vorher gemerkt hätte, dass der Aufgabenbereich für eine Stelle zu umfangreich war

Herr Ortel:

- meint, dass die Verwaltung über den Steuerungsdienst selbst prüfen und Eigenverantwortung übernehmen sollte und die Amtsleiter dafür sorgen sollten, dass ihre Mitarbeiter ständig weiter qualifiziert werden

Herr Landmann:

- erläutert, dass es sehr schwierig ist, eine Verwaltung zu strukturieren und zu organisieren und dass sehr viel Erfahrung dazu gehört; nennt als aktuelles Beispiel den Familiengarten
- meint, dass man sich von außen schwer eine Meinung bilden und dies nicht von einer externen Person geleistet werden kann

Herr Morgenroth:

- meint, dass jede Firma heutzutage Unternehmensberater hat und es allgemeine Richtlinien für Verwaltungsabläufe gibt; dies kann durch Schulungen erreicht werden oder durch externe Gutachten

Frau Dr. Pischel:

- sagt, dass Gutachten bisher nicht immer die gewünschten Nutzeffekte gebracht haben und evtl. auch durch die Verwaltung besser erstellt werden können

Herr Landmann lässt zur Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Herr Landmann kommt zum Änderungsantrag der Bürgerfraktion Eberswalde zur „**Errichtung eines Bolz- und Spielplatzes in Ostende**“ und informiert, dass im AWF und im ABPU dem Änderungsantrag zugestimmt wurde.

Herr Zinn:

- korrigiert zunächst, dass von Ostend die Rede ist und nicht Ostende und evtl. noch für Südend erweitert werden sollte; spricht sich für die Vorlage aus; erinnert aber, die Möglichkeit der Förderung zu nutzen

Herr Prof. Creutziger:

- möchte wissen, wie die Erfahrungswerte bezüglich der Kosten insgesamt sind, da bereits 45.000 € nur für Planungskosten veranschlagt sind

Herr Morgenroth:

- antwortet, dass im Bauausschuss über den Spielplatz am Luisenplatz berichtet wurde, die Kosten dafür belaufen sich auf 300.000 €; gegenwärtig werden im Baudezernat die verschiedenen Grundstücke überprüft und Verhandlungen mit den Eigentümern geführt
- sagt weiter, dass die eigentliche Finanzierung im Haushaltsjahr 2019/20 erfolgen könnte

Frau Dr. Pischel:

- möchte wissen, wie der Jugendtreff aussehen soll, ob ein Jugendclub geplant ist

Herr Morgenroth:

- sagt, dass es nur eine Jugendhütte werden soll

Herr Landmann lässt zur Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Herr Landmann informiert über den nächsten vorliegenden Antrag der Fraktion DIE LINKE, der heute eingegangen ist zur „**Einstellung von Haushaltsmitteln für die Weiterführung eines Projektes zur Gewaltprävention bei Kindern und Jugendlichen in Eberswalde mit Schwerpunkt im Brandenburgischen Viertel**“

Frau Kersten:

- sagt, da das Projekt Boxenstopp nicht weiter finanziert wird, aber ein angepasstes Konzept an den Schulen unbedingt erforderlich ist und mit 50.000 € für eine entsprechende Stelle, die natürlich auch ausgeschrieben werden muss, in den Haushalt eingestellt werden soll; das Projekt sollte offen sein für andere Schulen, aber der Schwerpunkt muss in der Grundschule Schwärzese im Brandenburgischen Viertel liegen

Herr Landmann:

- meint, dass man abwägen sollte, wie hoch der Anteil Gewaltprävention schulspezifisch ist, aber der Fokus sollte schon im Brandenburgischen Viertel liegen

Frau Kersten:

- betont, dass es keine Untersuchung zur Gewaltprävention sein soll, sondern eine Stelle, die mit jemandem besetzt werden soll, der sich mit Gewaltprävention auskennt und auch ein Antiaggressionstraining anbieten kann, aber flexibel einsetzbar in der Schulsozialarbeit ist

Herr Zinn:

- sagt, dass es Gewalt an allen 3 Schulen gibt, sowohl in der Grundschule Finow, als auch in der Bürgel-Schule und der Grundschule Schwärzese;

- bittet darum, die Formulierung des Änderungsantrages wie folgt vorzunehmen:
„Änderung zur Einstellung von Haushaltsmitteln für Projekte zur Gewaltprävention bei Kindern und Jugendlichen an den städtischen Grundschulen mit dem Schwerpunkt GS Schwärzese im Brandenburgischen Viertel – dies im Sinne der Schulkonzeption der jeweiligen Schule“
- meint auch, dass die Schulleiter unbedingt mit einbezogen werden müssen

Herr Kaiser:

- stimmt den Ausführungen von Herrn Zinn zu und meint, dass die bisherigen Erfahrungen mit eingebracht werden; jedoch soll nicht der Text des Antrages seiner Fraktion geändert werden

Herr Prof. Dr. König:

- fragt deutlich nach, ob der Text neu formuliert werden soll; es geht um Gewaltprävention, dies ist aber nicht das, was Frau Billing als Schwerpunkt an ihrer Schule sieht
- fragt, ob es als offene sozialpädagogische Arbeit zu sehen ist oder als Gewaltprävention für die ganze Stadt, weil dies dann in der Ausschreibung genau formuliert sein muss

Frau Kersten:

- spricht die fehlende Lehrerstelle an der Grundschule Schwärzese an und auch das Thema Gewalt, welches ein Schwerpunkt dort ist und immer wieder auftaucht
- meint, dass ein spezielles Training in bestimmten Fällen angebracht wäre und Gewaltprävention zu den sozialpädagogischen Angeboten gehört

Frau Dr. Pischel:

- meint, dass das Thema Gewaltprävention im Widerspruch zur Formulierung der Vorlage Boxenstopp steht
- sagt, wenn das Projekt Boxenstopp nicht mehr finanziert werden kann, weil es speziell auf eine Schule ausgerichtet ist, ergeben sich auch noch andere Möglichkeiten der Finanzierung über das Land

Herr Landmann:

- bemerkt dazu, dass der Antrag sich nicht auf das Thema Boxenstopp bezieht

Herr Schmiedel:

- meint, dass man sich nicht nur auf Gewaltprävention fokussieren sollte und stimmt den Ausführungen von Herrn Prof. Dr. König zu, zur offenen sozialpädagogischen Arbeit sich mit den Schulleitungen zusammen zu setzen, um die Problemfelder zu bestimmen und einzubringen, da diese von Jahr zu Jahr sehr unterschiedlich sein können;
- hält eine genaue Formulierung für die Ausschreibung für sehr wichtig

Herr Landmann:

- sagt, dass die Intension des Antragstellers war, die Sozialarbeit an Schulen weiterhin zu fördern; auch Gewaltprävention im gesamten Stadtgebiet im Blick zu haben, aber mit dem

Schwerpunkt Grundschule Schwärzesee

Frau Kersten:

- ergänzt dazu, dass ihre Fraktion den Antrag bewusst so weit offen gelassen hat, um den Bedarf einarbeiten zu können und meint, dass der Schwerpunkt Sozialarbeit noch nicht ausreichend Beachtung findet

Frau Schostan:

- versteht nicht, wie ein Sozialarbeiter, der für dieses Projekt zuständig ist, an 3 Schulen tätig sein kann
- sagt, dass von freiwilligen Aufgaben die Rede ist, aber die eigentliche Verantwortung immer noch beim Landkreis liegt

Herr Zinn:

- hält 20 Std. für Sozialarbeiter jeweils an der GS Finow und der Bürgel-Schule für unangemessen und meint, dass das Projekt Boxenstopp jederzeit über den Landkreis an jeder Schule finanziert werden kann
- erinnert, dass an der GS Schwärzesee nicht nur eine Lehrerstelle fehlt, sondern auch die stellvertretende Schulleiterin wegen Erkrankung voraussichtlich für längerer Zeit ausfällt

Herr Landmann:

- versucht einen Kompromiss zu finden und schlägt vor, ein Projekt zur Erweiterung der Sozialarbeit am Standort Schule, an den städtischen Grundschulen der Stadt Eberswalde unter Berücksichtigung von Gewaltprävention und Gewaltdeeskalation

Herr Kaiser:

- beantragt als Antragsteller das Rederecht für Herrn Wolff für eine Kompromissfindung

Herr Landmann:

- lässt zum beantragten Rederecht für Herrn Wolff abstimmen

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Herr Wolff:

- informiert, dass seine Fraktion die Beschlussvorlage Boxenstopp bereits in der letzten Periode eingereicht hatte; da dieses Projekt wegfallen sollte, hat sich die Fraktion zur Einreichung der Vorlage zur Gewaltprävention für den Nachtragshaushalt entschieden
- entscheidend dabei ist, dass die Finanzierung gesichert wird und man sich über die Schaffung einer entsprechenden Stelle einigen kann
- meint, dass das Projekt einerseits nicht nur auf Gewaltprävention und Gewaltdeeskalation reduziert wird, andererseits ist der Schwerpunkt Brandenburgisches Viertel vorrangig, aber es soll auch in anderen Bereichen eingesetzt werden
- schlägt vor, dass „Gewaltprävention und Gewaltdeeskalation“ in dem Projekt gestrichen

- werden und eine offene Stelle eingerichtet wird;
- betont, dass es wichtig ist, dass dieser Punkt bei der Stellenausschreibung mit enthalten ist
 - sagt, dass seine Fraktion heute diese Änderung so aufnehmen würde und der Antrag mit dieser Änderung in der heutigen Sitzung zur Abstimmung gestellt und dann im Hauptausschuss und in der StVV darüber diskutiert werden kann

Herr Landmann:

- fasst zusammen, dass damit ein Kompromiss gefunden wurde und nunmehr über den Geschäftsordnungsantrag abgestimmt werden muss, der den Änderungsantrag aufnimmt
- Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt**

Herr Morgenroth:

- versteht das als Aufstockung für eine normale Schulsozialarbeit mit mehr Gewaltprävention
- denkt, dass die Stadt genug für die Schulsozialarbeit leistet und wird daher den Vorschlag komplett ablehnen

Herr Landmann:

- sagt, dass zum Änderungsvorschlag der Fraktion DIE LINKE abgestimmt wird
- Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt**

- lässt zum Nachtragshaushalt einschließlich der beschlossenen Änderungsanträge insgesamt abstimmen:

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die als Anlage beigefügte

1. Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Eberswalde für die Haushaltsjahre 2017 / 2018.

TOP 13.2

Übernahme des Finowkanals in kommunale Hand

BV/0567/2017

Herr Landmann:

- informiert, dass die einreichende Fraktion DIE LINKE die Vorlage zurückgezogen hat

TOP 13.3

Absichtserklärung zur möglichen Übernahme der Schleusen am Finowkanal

BV/0600/2017

Herr Prof. Dr. König:

- informiert, dass es Änderungsempfehlungen durch das begleitende Büro Dr. Heilmaier & Kollegen gab, welche der Beschlussvorlage als Anlage 2 beigefügt worden sind
- empfiehlt, diesen Änderungsempfehlungen zu folgen
- auch der Bund hat sich positioniert; diese Änderungsempfehlungen liegen als Vorlage für

alle Ausschussmitglieder auf den Tischen

- gibt eine Kurzfassung zu den Änderungen des Bundes (diese wurden rot eingearbeitet) und weist dabei besonders auf die „Schiffbarkeit“ hin
- sagt, wenn sich die Stadtverordneten für die Absichtserklärung zur Übernahme der Schleusen entscheiden, sollten auch die Punkte von Dr. Heilmaier & Kollegen darin enthalten sein; diese Absichtserklärung wäre dann unverbindlich und hätte keine finanziellen Auswirkungen

Herr Prof. Creutziger:

- bittet darum, das Wort an Herrn Ginnow-Merkert zu übergeben

Herr Landmann:

- lässt zum Rederecht für Herrn Ginnow-Merkert abstimmen

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Herr Ginnow-Merkert vom Verein „Unser Finowkanal“:

- erläutert das Anliegen des Projektes „Absichtserklärung zur möglichen Übernahme der Schleusen am Finowkanal“ und weist besonders auf die wassertouristische Zusammenarbeit mit Polen und Litauen hin
- informiert über die Arbeit von Frau Sense, einer Studentin der HNE, die den Erhalt des Finowkanals mit dazugehörigen Schleusen untersucht hat; sie sieht einen erheblichen Anteil an der Wirtschaft der Stadt Eberswalde und auch des Familiengartens in dem Erhalt des Finowkanals
- plädiert dafür, dass die Stadtverordneten mit ihrer Stimme es nicht dazu kommen lassen sollten, dass diese so wichtige Wasserstraße stirbt

Herr Landmann:

- ist der Meinung, dass die Probleme spezifische Auswirkungen haben und der Finowkanal in diesem Ausschuss immer wieder einige Berührungspunkte hat; dennoch sollten die Finanzen der Stadt immer beachtet werden, wenn man an die Zukunft der Stadt denkt

Herr Prof. Dr. König:

- stellt richtig, dass dieser Beschluss noch keine finanziellen Auswirkungen hat, da es nur eine Absichtserklärung ist
- macht deutlich, dass der nächste Beschluss finanzielle Auswirkungen haben wird, wenn es zur Abstimmung über die Angebote des Bundes kommt

Herr Zinn:

- meint, dass im AWF die Fachexperten dazu Rede und Antwort hätten stehen können und kritisiert, dass im Bauausschuss die Unterlagen nicht vorgelegt haben
- sagt, solange keine finanziellen Konsequenzen ersichtlich sind, wird seine Fraktion nicht zustimmen

Frau Dr. Pischel:

- erklärt, dass es sich zunächst nur um eine Absichtserklärung handelt und noch nicht um finanzielle Auswirkungen geht und fragt, wer das mit seinem Gewissen verantworten kann, eine so weitreichende Entscheidung zu blockieren

Frau Kersten:

- erinnert, dass die Stadtverordneten für den Haushalt 100.000 € bewilligt haben für Wirtschaftlichkeitsberechnungen zum Finowkanal und bis heute keine Informationen über das Gutachten vorliegen und erklärt, dass gemäß Punkt 9 der Vereinbarung Kosten entstehen

Herr Prof. Dr. König:

- stimmt Frau Kersten zu, dass 100.000 € für juristische Begleitung zur Verfügung gestellt wurden
- sagt, dass die Stellungnahme zur Rechtsform der Betreiberorganisation allen Stadtverordneten zugewandt ist; es gab eine juristische Begleitung bei der Ausformulierung von Schriftstücken wie der Absichtserklärung, die Dr. Heilmaier & Kollegen geprüft und eine Empfehlung gegeben haben
- weiterhin gab es eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung, die zeigt, welche finanziellen Auswirkungen bestehen können
- sagt weiter, dass all diese Leistungen in Form von Zahlenmaterial allen Stadtverordneten zugewandt worden sind
- erläutert auch den von Frau Kersten angesprochenen Punkt 9

Herr Hoeck:

- erklärt, dass die Absichtserklärung zwar vom Bund vorgeschriebene Absichten enthält, die z. T. auch Berücksichtigung finden, jedoch die Stadtverordneten ihre eigenen Absichten festschreiben werden; dies muss natürlich gemeinsam mit dem Zweckverband, dem Landkreis und dem Bund geschehen
- versteht nicht, warum die umfangreichen Anträge und Änderungswünsche von Herrn Trieloff bisher nicht eingereicht wurden und entschuldigt sich dafür; sichert aber zu, dass diese zum Hauptausschuss vorliegen werden

Frau Schostan:

- betrachtet die Erhaltung des Finowkanals als echte Chance für die Entwicklung des Tourismus, weil nicht jede Kommune das Glück hat, Wasser direkt vor der Tür zu haben;

Herr Neumann:

- sagt, dass die Schleusen in einem schlechten Zustand sind; die Stadt hat auch anderen Handlungsbedarf am Finowkanal, die Wasserqualität müsste verbessert werden
- meint in Bezug auf die Weiterentwicklung des Familiengartens, sollten auch die Schleusen als Industriedenkmal erhalten werden; ein wichtiges Argument sei auch die Erhaltung und der Schutz der Natur entlang des Finowkanals; dies sollten Landkreis und Stadt gemeinsam in

einer Absichtserklärung eindeutig zeigen

Herr Kaiser:

- meint zur Wirtschaftlichkeitsprüfung, die im April den Stadtverordneten zugegangen ist, dass dies nur eine Übersicht mit verschiedenen Posten in der Instandhaltung war, jedoch nicht das, was die Wirtschaftlichkeit betrifft
- sagt weiter, dass seit 25 Jahren über den Erhalt des Finowkanals gesprochen wird, aber der Eindruck entsteht, dass sich alles, was den Tourismus betrifft, vom Finowkanal wegbewegt
- möchte, dass der Finowkanal beim Bund bleibt und nicht den Haushalt der Stadt belastet

Herr Landmann:

- meint, dass die Zahlen der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung erschreckend sind
- fragt, ob die Stadt in der Lage ist, jährlich fast eine Million zu investieren, um den Finowkanal zu erhalten, da die Einnahmen so gering sein werden, dass diese gegenüber den Ausgaben kaum ins Gewicht fallen und möchte von der Verwaltung wissen, wie sie sich das für die nächsten 15 – 20 Jahre vorstellen
- kann aus den vorgenannten Gründen der Vorlage nicht zustimmen

Herr Prof. Creutziger:

- sagt, dass eine Absichtserklärung nicht frei von Risiken ist, aber der Erfolg sicher nicht ausbleibt, wenn das Engagement vorhanden ist; hätte sich jedoch von der Stadtverwaltung regelmäßig mehr Informationen gewünscht; ist überzeugt, dass man der Vorlage zustimmen kann

Frau Kersten:

- sagt, dass die Gemeinde Marienwerder nicht dabei ist, aber 3 Schleusen hat
- fragt, ob diese Schleusen dann im Bestand des Bundes bleiben oder wer dafür bezahlt
- möchte wissen, wann die Stadtverordneten die Unterlagen in kompakter Form erhalten, so dass sich alle noch einmal über bestimmte Sachen ein Bild machen können
- schlägt vor, da dies ein schwieriges und sehr umfangreiches Thema ist, in einer Sonder-sitzung darüber zu diskutieren und abzustimmen

Herr Prof. Dr. König:

- antwortet darauf, dass Marienwerder zu Beginn des neuen Jahres nicht mehr Mitglied in der KAG Finowkanal sein wird; die Schleusen gehören dem Bund und werden dann dem Zweckverband übergeben, deren Mitglieder für die Schleusen verantwortlich sind
- betont, dass es einen Umsetzungsplan gibt, der im Februar vorgestellt werden soll

Herr Morgenroth:

- setzt klar auf die Schaufensterfunktion des schiffbaren Finowkanals und denkt, dass von außen Investitionen in diese Stadt generiert werden können
- meint, dass irgendwann mal der Kredit des BAFF abgezahlt ist und dann wieder Finanzreserven vorhanden wären und spricht sich für die Absichtserklärung aus

Herr Ortel:

- sagt, dass der Finowkanal insgesamt eine Chance für die Region ist; es ist auch ein verbindendes Element welches zeigt, dass es sich lohnt, sich auch mit anderen Projekten zu beschäftigen, um gemeinsam etwas zu entwickeln
- fragt, ob die Absichtserklärung wirklich im Sinne aller KAG-Mitglieder ist und von allen unterschrieben wird

Herr Prof. Dr. König:

- kann dazu keine Aussage treffen, weil jede Gemeinde für sich entscheidet, wer unterzeichnet

Herr Landmann:

- lässt zur Vorlage mit den Änderungen vom Büro Dr. Heilmaier & Kollegen abstimmen
Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Bürgermeister, als stimmberechtigter Vertreter der Stadt Eberswalde, in der Mitgliederversammlung der KAG Region Finowkanal, der Absichtserklärung zur möglichen Übernahme der Schleusen am Finowkanal zuzustimmen und diese zu unterzeichnen.

TOP 13.4

Neuer Standort für das Museumsdepot

BV/0554/2017

Herr Landmann:

- informiert, dass ein Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorliegt, der dahin geht, dass ein anderer Standort als der von der Verwaltung vorgeschlagene genutzt werden soll; dieser Standort ist im Technopark Eberswalde (Kranbaugelände)

Herr Prof. Creutziger:

- sagt, da der ursprüngliche Antrag der Stadtverwaltung keine Mehrheit gefunden hat, aber eine dringende Entscheidung herbeigeführt werden muss, wurde der Änderungsantrag eingereicht
- meint, dass der von seiner Fraktion vorgeschlagene Standort als geeignet erscheint und mehr Zustimmung finden wird

Herr Zinn:

- meint, dass seine Fraktion zustimmen wird, so dass der Einzelhändler in der Saarstraße und auch die Kolleg/Innen vom Museum endlich Klarheit haben
- sagt weiter, wenn aus irgendwelchen Gründen der Einzelhändler das Objekt Saarstraße aufgeben müsse, wäre er dafür, in dem Objekt einen gemeinnützigen Treffpunkt für Jung

und Alt in diesem Stadtteil einzurichten

Herr Prof. Dr. König:

- erklärt, dass mehrere Informationen und Wünsche überprüft wurden, u. a. auch das Angebot vom Rofin-Park; dem Möbelhändler wurden diese Alternativen ebenfalls angeboten
- betont, dass die Verwaltung das Objekt Saarstraße favorisiert und unbedingt eine Entscheidung benötigt, damit alles weitere so schnell wie möglich geplant werden kann

Herr Landmann:

- fasst zusammen, dass zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion Die Grünen abgestimmt wird und sollte dieser keine Zustimmung finden, wird über den Vorschlag der Verwaltung abgestimmt

Frau Schostan:

- spricht für diesen Vorschlag, weil dem Unternehmer nicht gekündigt werden sollte

Herr Morgenroth:

- hätte aus der Sicht des zu erwartenden Mietzinses gern eine Zeitbegrenzung der Mietzeit auf 5 - 10 Jahre

Herr Prof. Dr. König:

- meint, dass die Stadt darauf keinen Einfluss hat, aber bestrebt ist, einen Mietvertrag mit einem langfristig stabilen Mietzins abzuschließen

Herr Landmann:

- lässt zum Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abstimmen

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich befürwortet

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass zukünftig das stadteigene Gebäude in der Saarstraße 8a in 16225 Eberswalde als Standort für das neue Museumsdepot genutzt wird.

TOP 13.5

Kulturförderung Hebewerk e. V. und Solis e. V.

BV/0576/2017

Herr Zinn:

- sagt, dass das umfangreiche Material einen guten Einblick in die Arbeit des Hebewerk e. V. gibt und möchte dem Verein eine Chance geben, indem seine Fraktion zustimmt

Herr Neumann:

- findet, dass das Konzept des Hebewerk e. V. fortgeführt werden sollte und gibt seine

Zustimmung

Herr Landmann:

- lässt zur Beschlussvorlage „Kulturförderung Hebewerk e. V.“ abstimmen

Abstimmungsergebnis: Das Einvernehmen wurde hergestellt.

TOP 13.6

"Ideenwerkstatt zum Straßenkulturfest FinE"

BV/0595/2017

Herr Morgenroth:

- erklärt, dass es eine Austauschseite gibt, weil es nun nicht mehr „Ideenwerkstatt“ sondern „Bürgerumfrage“ heisst; damit möchte man herausfinden, was sich die Bürger für ihr FinE wünschen

Herr Zinn:

- möchte wissen, wer das organisiert

Herr Prof. Dr. König:

- sagt, dass bereits erste Gespräche geführt wurden und sich alle Gedanken machen sollten, so dass mit allen Stadtverordneten gemeinsam ein Konsens gefunden werden kann

Frau Röder:

- findet es nicht richtig, wenn im Text steht, „...und für die Zukunft *weiter* zu verbessern“, weil es gleich suggeriert, dass etwas verbessert werden muss; ist aber nicht der Meinung

Herr Landmann:

- schlägt vor, das Wort „*weiter*“ aus der Begründung herauszunehmen

- lässt zur Beschlussvorlage abstimmen

Abstimmungsergebnis: einstimmig befürwortet

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt die Stadtverwaltung, eine Ideenwerkstatt mit Beteiligung von Eberswalder Bürger*innen, der Politik, den Beiräten und den Fachämtern zum künftigen Konzept des Straßenkulturfestes FinE zeitnah zu organisieren.

TOP 13.7

Bolz- und Spielplatz im Stadtteil Ostende

BV/0597/2017

Wurde zurückgezogen, da die Thematik unter dem Tagesordnungspunkt 13.1 Änderungsantrag zur Nachtragshaushaltssatzung bereits abgestimmt wurde.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt die Stadtverwaltung, zeitnah einen weiteren Bolz- und Spielplatz mit Jugendtreff im Stadtteil Ostende zu realisieren.

TOP 13.8

Weiterführung des Projekts Boxenstopp

BV/0601/2017

Wurde zurückgezogen, da die Thematik unter dem Tagesordnungspunkt 13.1 Änderungsantrag zur Nachtragshaushaltssatzung bereits abgestimmt wurde.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Bürgermeister, Mittel zur Weiterführung des Projektes Boxenstopp bereitzustellen.

Lutz Landmann
Vorsitzender des
Ausschusses für Soziales,
Bildung, Kultur und Sport

Barbara Richnow
Schriftführerin

